

Was kommt da auf uns zu . . .

Die Leute lassen sich nicht mehr alles gefallen. Wir schreiben darüber in dieser Ausgabe.

„Empört euch!“, schrieb der französische Diplomat Stéphane Hessel. Er sprach im Oktober 2009 im Rathaus Walldorf zu jungen Menschen in unserer Stadt. „Aber bringt das was?“, werden wir gefragt. Wir antworten: „Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt!“ Dann heißt es oft: Werden wir Erfolg haben? Wir antworten mit Bertolt Brecht: „Erwarte keine andere Antwort als die deine“.

Momentan ändert sich einiges: In mehr als 150 Staaten der Welt ist „Fridays for Future“ aktiv. Hier sagt man: „Wenn eine Lösung innerhalb des Systems unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern.“ Das ist richtig. Es ist aber genau so richtig, Wege zu finden, Bündnisse einzugehen, gemeinsam für eine Sache zu streiten. Das betrifft die örtliche Politik oder Fragen von Krieg und Frieden. In der hiesigen Kommunalpolitik war in den letzten Jahren eine Menge los. Es wurde gestritten um Grundsteuer-B-Erhöhung, Straßenanliegerbeiträge. Gemeinsam trat man auf gegen Sozialabbaupläne, die sogar vor dem Gedanken einer Schwimmbadschließung nicht halt machten. Es gab

und gibt viele Diskussionen und einen Akteneinsichtsausschuss zum Thema Kläranlage. Wir schreiben darüber.

Mit einer Großveranstaltung am Bürgerhaus wurde gegen die AfD demonstriert. In jedem Jahr gibt es Veranstaltungen gegen alte und neue Nazis. Wir sind dabei.

Wir berichteten über das Bürgergehren zum Standort der Feuerwehrgerätehäuser und die Bürgermeisterwahl. Beide Abstimmungen hatten nicht das Ergebnis, das sich die Rathauskoalition wünschte.

Vor Ort bleibt es spannend. Es wird viele Diskussionen um Wohnungsbau und Bauland-Spekulation geben. Die „soziale Frage“ wird an Bedeutung gewinnen.

Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland sind der Auffassung, dass die „Vermögensschere“ immer weiter auseinandergeht. 72% wollen eine Vermögensteuer. Durch einfache Arbeit, durch Sparen kann kein Bürger je aufholen, was Kapitalanleger durch Zinseffekte erzielen.

Im Jahr 2020 sollten viele Menschen politischer werden. Politisch aktiv, gemeinsam handeln! Wir waren und sind dabei! Mit dem „blickpunkt“ und im Stadtparlament.

Frieden ist nicht alles . . .

... aber ohne Frieden ist alles nichts. Wir schreiben es fast in jeder Ausgabe und werben für die Friedensbewegung. Es gibt nichts Wichtigeres als Frieden!

In diesem Frühjahr 2020 will die Nato mit einer Testmobilmachung den Ernstfall proben. Der Überfall deutscher Truppen auf die Sowjetunion ist unvergessen. Dieses Verbrechen hatte Millionen Tote, Elend und Zerstörung auf beiden Seiten zur Folge. Statt diese große deutsche Schuld kritisch aufzuarbeiten, wird die angebliche Gefahr aus dem Osten erneut beschworen, um im Rahmen der NATO eine gigantische militärische Aufrüstung gegen Russland in Gang zu setzen.

Ausgerechnet im Zusammenhang mit dem 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, soll in Osteuropa vor der russischen Westgrenze das aufwendigste NATO-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges stattfinden. Eine Stimmung soll Raum greifen, als hätte die Sowjetunion das Deutsche Reich überfallen und nicht das Deutsche Reich die Sowjetunion. Diese Umkehr der Schuldfrage soll Glauben machen, Russland sei heute eine militärische Gefahr. Mit der Wiederbelebung der Feindbilder muss Schluss sein. Der Aufbau einer neuen Welt, selbstverständlich unter Einbeziehung Russlands, gehört auf die Tagesordnung. Statt neuer Waffen brauchen wir Abrüstung, zivile Konfliktlösung, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die weltweite Gewalt muss ein Ende haben.



Willkommen neues Jahr!

*Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
Gesundheit und soziale Sicherheit.*

*Engagieren wir uns gemeinsam für Frieden,
Gerechtigkeit und einen Planeten,
auf dem man künftig noch leben kann.
Kämpfen wir gemeinsam gegen
Rechtsentwicklung und neue Nazis.*



Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht mehr alles gefallen

Vor dem Walldorfer Rathaus und auf der Treppe zum Stadtverordneten-sitzungssaal protestierten Mörfelder und Walldorfer, weil sie berechtigte Befürchtungen hatten, dass das Schwimmbad - zumindestens eine zeitlang - geschlossen wird.

Der Erste Stadtrat Ziegler sah bei den Bürgerinnen und Bürgern, die sich für das Schwimmbad einsetzen, „Anspruchsdenken“.

Alexander Best, SPD-Fraktionsvorsitzender meinte, es sei „billiges politisches Manöver, um Teile der Bevölkerung in Panik zu versetzen“.

Es ginge seiner Meinung nach, „wieder einmal nur um Effekthascherei“, und „die üblichen Beteiligten“ würden versuchen, „aus den Sorgen und Ängsten der Bevölkerung politisches Kapital zu schlagen“ (*Dabraucht mansich nicht zu wundern, wenn die SPD in der Wählergunst abrutscht!*).

Hintergrund: Im Magistrat brachte der Kämmerer Ziegler eine Schwimmbadschließung ins Spiel, weil kein Geld da sei, um die Heizungsanlage zu erneuern. Das wurde bekannt, aktive Schwimmbadnutzer protestierten, gerade auch, weil sie wussten: In den vergangenen 18 Jahren ist in Deutschland jedes zehnte Schwimmbad geschlossen worden. Das sind im Durchschnitt rund 80 Bäder pro Jahr.

Nach den ersten Protesten vor dem Mörfelder Rathaus, vielen Leserbrief-

fen und Protestschreiben bekamen manche Koalitionspartner der neoliberalen Ziegler-Fraktion, „Muffensausen“. Man spürt, es gibt gerade Veränderungen. Viele wollen sich einfach nicht mehr alles gefallen lassen, vor allem auch nicht solche Sprüche eines Kämmerers.

Die Ideen, die Grundsteuer B auf einen Spitzenwert zu bringen und die Schwimmbadschließungs-ideen sind ja nicht die einzigen Versuche, den Menschen in die Taschen zu greifen. Nun hat man die Grundsteuer B er-

höht, wenn auch nicht auf die Höhe die der Kämmerer vorschlug.

„Die Bürger der Doppelstadt könnten aufatmen“, meinte dazu der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins.

„Ursprüngliche Horrorszenerarien, wie die Grundsteuer-B-Erhöhung auf 1.180 Punkte, wesentliche Kürzungen bei den Vereinszuschüssen, eine längerfristige Schwimmbadschließung und was sonst noch alles in der Öffentlichkeit herumgeisterter, sind endgültig vom Tisch“ und SPD-Best sah einen „grandiosen Erfolg, der alle ursprünglich diskutierten schmerzhaften Einschnitte vermeidet“. Was ist davon zu halten? „Der Himmel blau, die Sonne lacht, das hat die SPD gemacht?“ Sicher nicht.

Besser: Bürgerproteste sind wirksam! Aber auch: Wachsam bleiben!



Margot Fahmy überreichte dem Stadtverordnetenvorsteher Werner Schmidt fast 800 Unterschriften mit der Forderung: Das Schwimmbad muss zur Badesaison geöffnet werden!



Hofgalerie zeigte vergangene Ortsgeschichten

Die „blickpunkt“-Hofgalerie in der Mörfelder Altstadt hatte vor Weihnachten erneut ihre Tore geöffnet. Aufgrund der großen Nachfrage gab es noch einmal Fotos „Geschichte und Geschichten“ aus Mörfelden und Walldorf zu sehen.

Die Störche auf dem Bäcker-Haus in

der Mörfelder Langgasse, der „Bärwel-Schorsch“ im Frisörladen, die alte Walldorfer-Post in der Langstraße oder die „Schlabbewerts Kätt“ in ihrem kleinen Lebensmittelladen.

Das waren nur einige historische Bilder dieser Ausstellung. In der Hofgalerie sah man rund 100 historische Fotos aus vergangenen Tagen und liessen vergessene Ortsgeschichten wach werden.

Fotos von Plätzen und Orten, die schon lange verschwunden sind. Bild von Menschen aus vergangenen Jahrzehnten und Ereignisse, die viele nur noch vom Hörensagen kennen. Das gleichnamige Buch zur Ausstellung war noch mal erhältlich und konnte während der Ausstellungsöffnungszeit erworben werden.

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Viele Stunden diskutierten die Kommunalpolitiker bei uns über den neuen Haushaltsplan. Er soll „genehmigungsfähig“ sein, sagt Kämmerer Ziegler. Man muss sich fragen, wie der Begriff „genehmigungsfähig“ zur ständigen Bezeichnung des Haushaltes geworden ist.

Man sorgt sich nicht mehr um die Einwohner, nicht mehr um den Haushalt selbst, sondern nur noch darum, den Haushalt „genehmigungsfähig“ zu machen. Dass ein Gemeindehaushalt überhaupt von irgendwem genehmigt werden muss, widerspricht im Prinzip schon dem Geist der Hessischen Gemeindeordnung und auch dem der Hessischen Landesverfassung.

Ein tiefer Riss

Durch die örtliche Kommunalpolitik geht heute ein tiefer Riss. Die einen möchten um jeden Preis „genehmigungsfähige“ Haushalte nach den Zwangsregeln der Landesregierung aufstellen und dazu alle ihre Bedingungen erfüllen. Das geht nur auf Kosten der Einwohner. Ob die nun durch eine brutale Erhöhung der Grundsteuer geschröpft werden sollen oder ob man die Kosten im Haushalt verteilt, indem man hier Gebühren erhöht, dort Leistungen einschränkt oder streicht oder sogar ganze Einrichtungen stilllegt, ist dabei letzten Endes egal.

Die anderen möchten einen für die Einwohner annehmbaren Haushalt präsentieren und alle legalen Möglichkeiten ausschöpfen, um für einen solchen Haushalt eine Genehmigung zu ertrotzen.

Die Armut macht keinen Bogen

Wir müssen immer aus der Sicht unserer Bürgerinnen und Bürger, aus der Sicht der Vereine die Lage betrachten. Dazu gehört auch die Erkenntnis: Die Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen.

Die Armut in Hessen wächst - so stark wie in keinem anderen Bundesland. Das ist das Ergebnis einer Erhebung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands. Nach einem aktuellen Bericht nahm die Armutsquote um knapp ein Viertel zu - und liegt aktuell bei 15,8 Prozent. Hessen liegt damit über dem Bundesdurchschnitt von 15,5 Prozent.

Die Entwicklung zeigt: in Südhessen ist die Armutsquote zwischen 2008 und 2019 um 2,7 auf 14,1 Prozent gestiegen, in der Region um Darmstadt sogar um 4,9 auf 15,6 Prozent. Die horrenden Mietpreise sind ein Armutsrisiko und eine große Belastung.

In Mörfelden-Walldorf haben wir das alles auch zu beachten. Kommunalpolitiker, die bei dieser Entwicklung nur die Achseln zucken und von einem „genehmigungsfähigen“ Haus-

halt träumen, sollten darüber nachdenken.

Die DKP/LL-Fraktion weiß natürlich, vor Ort können wir diese Probleme nicht lösen. Man muss ans große Geld und die Rüstung runterfahren. Das schreiben wir in jedem „blickpunkt“. Die anderen Parteien wollen „genehmigungsfähige“ Haushalte und schweigen zum benannten Thema. Natürlich suchen wir auch nach Möglichkeiten, wo aktuell „gespart“ werden kann. So sind z.B. die Stadtwerke und die Kläranlage auf der Streichliste nicht zu finden. Dabei gibt es gerade an der Kläranlage einiges zu sparen. Vieles ist dort nach wie vor undurchsichtig, offenbar auch überdimensioniert. Mörfelden-Walldorf steuert auf eine hessenweit rekordverdächtige Abwassergebühr von fast 5 Euro pro Kubikmeter Wasser zu.

Bürgermeister wird behindert

Man hat bei den Rathausparteien SPD, Freie Wähler und FDP noch nicht kapituliert, dass es jetzt einen anderen Bürgermeister gibt. Ob man die Grünen mag oder nicht - man muss feststellen, dass man dem grünen Bürgermeister Steine in den Weg legt, ihn ins „offene Messer laufen“ lässt und sich dann öffentlich und hämisch darüber in der Presse verbreitet. Vorreiter ist auch hier der Erste Stadtrat Ziegler.

Am Strick des Kapitals

Eine Karikatur von Felix Mussil. Er starb am 8. Februar 2013 in Frankfurt am Main.

Der Karikaturist war 46 Jahre lang Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau. Seine Karikaturen beschreiben auch die heutige Situation noch treffend.



Nichts ist geklärt in der Kläranlage

Nach einem Jahr: Nichts ist geklärt in der Kläranlage

Am 9. Januar 2019 erhielten der Bürgermeister, der Erste Stadtrat und alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung den ersten anonymen Brief eines „besorgten Bürgers“, der sich mit der Kläranlage befasste. Der offensichtlich sachkundige „Whistleblower“ prangerte Geldverschwendung, Misswirtschaft und Fehlplanungen an. Und: Er äußerte einen Korruptionsverdacht.

Wir befragten Fachleute. Darunter Mitarbeiter der Kläranlage, die mittlerweile woanders arbeiten. Mitarbeiter eines Wirtschaftsprüfungs-Unternehmens, das hiesige Vorgänge schon einmal unter die Lupe genommen hatte. Ingenieure anderer Kläranlagen, die über den „kleinen Dienstweg“ Einblick in die Verhältnisse der Mörfelder Anlage hatten. Das Ergebnis war eindeutig: Alle Befragten bestätigten die Vorwürfe, und alle wiesen darauf hin, dass es „noch viel mehr“ gäbe. Daraufhin machten wir das, was die Hessische Gemeindeordnung (HGO) für solche Fälle vorsieht: Wir forderten die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses (AEA). Und wir informierten die Presse, die normalerweise keine anonymen Briefe abdruckt, über unsere Auffassung: Dass es angebracht sei, den Vorwürfen und Informationen nachzugehen.

Dadurch wurde der Vorgang öffentlich.

Das Ergebnis war ein wütendes Gebell von offenbar sprichwörtlich „getroffenen Hunden“. Drohungen, Unterstellungen und Beleidigungen.

Obwohl die HGO die Einrichtung eines AEA zwingend vorschreibt, wenn eine einzige Fraktion das wünscht, veranstaltete die Rathauskoalition aus SPD, FW und FDP einen choreografisch ausgefeilten Eiertanz. Gutachten einer Wiesbadener Kanzlei wurden vorgelegt. Die Koalition stellte einen Gegenantrag: Sie wollte den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zum Akteneinsichtsausschuss ernannt haben. Dort befindet sich die Federführung bei dem bewährten Koalitions-Kämpen Werner Schmidt (SPD). Und nicht bei einem Oppositionspolitiker, wie bei dem von DKP/LL und CDU geforderten Haupt- und Finanzausschuss.

Der AEA wurde schließlich so gestaltet, dass es von vornherein unwahrscheinlich war, dass er etwas finden würde. Der Bock wurde zum Gärtner gemacht: Zur Herausgabe der Akten und zur Aufsichtsführung über die Einsichtnahme wurde genau die Person bestellt, die im Zentrum der Vorwürfe des „Whistleblowers“ stand. Der Verdacht auf Beseitigung von Akten stand sofort im Raum und konnte bis heute nicht überzeugend ausgeräumt werden.

Zu den Hinweisen des anonymen Briefschreibers sind neue gekommen. Aufzeichnungen über Gespräche von Kläranlagenmitarbeitern mit Altbürgermeister Brehl sind aufgetaucht. Unternommen wurde nichts. Der stetige Weggang von Beschäftigten, die „die Schnauze voll haben“, hält an. Berichte über gezieltes „Mobbing“ reißen nicht ab.

Zusätzlich gab es den Skandal um die 2017 eingestellte, anfangs hoch gelobte Leiterin der Stadtwerke. Offenbar war sie „der Sonne zu nahe gekommen“ und hatte begonnen, reichlich unbequem zu werden. Sie hatte wohl versucht, etwas gegen die eingerissenen Zustände zu unternehmen. Eiligst und vorschnell wurde ihr gekündigt. Das Arbeitsgericht jedoch verabschiedete dem Ersten Stadtrat eine juristische Ohrfeige und erklärte ihre Kündigung für unwirksam. Sie durfte aber nicht auf ihren vertraglich vereinbarten Posten zurück, sondern muss sich mit einem untergeordneten Posten zufrieden geben. Allerdings bei gleichem Gehalt – ein teurer Spaß für den Gebührenzahler. Denn der muss die mittlerweile mit anderen Leuten besetzte Stadtwerkeleitung auch noch mit bezahlen. The show goes on. Es bleiben noch sehr viele Fragen. Wir bleiben dran.

Mehr zum Thema lesen Sie auf www.DKP-MW.de

**Hallo liebe Leserinnen
und Leser unserer
Stadtzeitung.**

**Wir freuen uns, wenn Sie
dem „blickpunkt“ helfen,
durch Mitarbeit und
Informationen.**

**Wir freuen uns über alte
und neue Fotos.**

**Wir brauchen auch weiter
Ihre finanzielle
Unterstützung.**

Kosten von 10 auf 45 Millionen angestiegen

Jetzt, nach genau einem Jahr, wissen wir: Die geplanten Kosten für die Erneuerung und Erweiterung der Kläranlage sind von 10 auf 45 Millionen Euro gestiegen.

Es droht eine Abwassergebühr von um die € 5.00 pro Kubikmeter. Das wäre Hessenrekord (zum Vergleich: In der Großstadt Frankfurt beträgt die Gebühr € 1.45 / m³).

**Wer uns helfen will beim
Austragen dieser Zeitung,
wer Ideen und Vorschläge
hat oder beim
„blickpunkt“
mitwirken will, kann
sich gerne melden.**

Infos:

**rudih@dkp-mw.de
www.dkp-mw.de**



LESERBRIEF

Diesen Leserbrief haben wir von Felicia Davis (23) bekommen. Wir halten das Thema für wichtig und drucken ihn leicht gekürzt. Viel Glück Felicia!

Ich schildere euch den 14.11., einen Ausschnitt aus meinem Leben mit dem seltenen und unberechenbaren Gendefekt namens „Ehlers-Danlos Syndrom“.

Die Tage zuvor hatte ich Schlafprobleme. Die Art, die mich jedes Mal wieder beunruhigt, weil ich weiß, dass sich erneut irgendwo in meinem Körper die nächste Katastrophe zusammenbraut. Wann und wo wird sie sich zeigen? Nochmals eine Achillessehnenruptur oder eine weitere Lungenembolie? Oder werde ich dieses Mal nicht überleben, weil ein großes Gefäß oder Organ reißt und ich verblute bevor mich Hilfe erreicht? Sicher ist nur die immense psychische Belastung, die diese Situationen immer mit sich bringen.

7 Uhr: ohne eine Minute geschlafen zu haben; beginne ich zu arbeiten.

8:03: plötzlich stärkste Schmerzen an der linken Niere

8:07: Anruf zuhause, dass mich jemand sofort abholen und ins Krankenhaus fahren muss.

8:43: erster Notruf. Ausdrückliche Hinweise auf ernste Vorerkrankungen.

9:00: Eintreffen des Rettungswagens. Keiner der Retter kennt EDS und die damit verbundenen Risiken und Probleme

9:05: Notarzt trifft ein. Auch er kennt EDS nicht. Meine Medikamentenunverträglichkeiten erschweren eine zügige Behandlung. Wir sind uns einig, dass Nierensteine sicher ursächlich sind. Die Schmerzen lassen vorübergehend nach, doch das verabreichte Opiat wirkt nur etwa 1,5 Stunden, statt - wie bei „normalen“ Menschen - 6 Stunden.

Ca 9:30: Man kennt mich bereits in der Notaufnahme. Erstes Gespräch mit dem „allwissenden“ Urologen mit „Röntgenblick“. Dieser will mir einreden ich hätte Wirbelsäulenprobleme und solle mich an einen Orthopäden wenden. Nieren-

steine könne man „definitiv ausschließen“, da kein Blut im Urin nachweisbar war. Er veranlasst ein CT.

Ca 11 Uhr: die Schmerzen sind stechend und spitzer als zuvor. Ständiges Wasserlassen, ich „gebäre“ 5 kleine Steine.

Ca 13 Uhr: CT zeigt weitere kleine Steine in der linken Niere. Nun muss ich warten und hoffen, dass sie von alleine kommen und ich keinen Eingriff benötige. Routineeingriffe sind bei fehlerhaftem Bindegewebe, schlechter Wundheilung und unter Blutverdünnung automatisch risikoreicher - auch weil ich (wie viele EDS Patienten) auf manche Narkosemittel nicht reagiere.

Dies ist mein fünfter stationärer Aufenthalt in 2019, der zweite innerhalb von sechs Wochen. Die „tausendste“ unsichtbare gesundheitliche Baustelle, die man in meiner Altersklasse nicht erwartet. Die Belastung, jederzeit auf Hilfe Dritter angewiesen zu sein und um diese fast betteln zu müssen, bei einer Grunderkrankung, die sich erschwerend auf alle Therapie- und Behandlungsmöglichkeiten auswirkt, ist immens und sollte von niemandem selbst getragen werden müssen. In Notsituationen dem „Fachpersonal“ Crashkurse über die vorliegende Erkrankung geben zu müssen, um eine gute Behandlung zu bekommen, sollte niemals Aufgabe des Patienten sein. Doch für uns Zebras (an EDS Erkrankte) ist dies ein fester Bestandteil unserer Alltags, die sowieso schon von Einschränkungen und Anstrengungen geprägt sind. Wir sind gleichzeitig hilfsbedürftiger Patient und sachverständiger Spezialist, in einem kapitalistischen Gesundheitssystem, das sich auf unsere Kosten kaputtspart.

Felicia Davis

"No other disease in the history of modern medicine has been neglected in such a way as Ehlers-Danlos Syndrome."

*- Prof. Rodney Grahame -
(Rheumatologe, London)*

Unterstützt Felicia und alle anderen an EDS leidenden Menschen!
Der Link, zur Petition:
openpetition.de/lwcknc



Zum Klimawandel gab es beim Jahreswechsel viele Beiträge in den Medien. Viele blieben dabei oberflächlich. Die Fakten wurden meist deutlich beschrieben.

Wir Menschen scheinen tatsächlich dabei zu sein, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Obwohl das alle wissen, fehlt der politische Wille, wirksame Maßnahmen dagegen zu beschließen und umzusetzen. Immer mehr merken: Im Kapitalismus sind die Profitinteressen der Großkonzerne wichtiger als das Interesse am Überleben der Menschheit.

Also muss das Motto lauten: Systemwechsel statt Klimawandel! Die inzwischen in mehr als 150 Staaten der Welt aktive „Fridays for Future“-Bewegung formulierte es ähnlich: „Wenn eine Lösung innerhalb des Systems unmöglich zu finden ist, sollten wir das System ändern.“

Die Wissenschaft sagt, dass der weltweite Anstieg der Durchschnittstemperaturen menschengemacht ist und immer bedrohlichere Formen annimmt. Was können wir tun? Wer die Welt verändern will, muss sie erkennen. Wer sie erkannt hat, muss die Profitlogik durchbrechen. Damit die Lebensgrundlagen der Menschheit erhalten bleiben, muss der Kapitalismus zurückgedrängt und letztlich überwunden werden.

RASSISTEN UND NAZIS ENTGEGENTRETEN

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dass dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hat damals, im April 1945, niemand geahnt. Er ist unverändert gültiges Leitmotiv der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“

Der Skandal

Die Berliner Finanzbehörden haben der Vereinigung der Nazi-Verfolgten den Status der Gemeinnützigkeit aberkannt. Das wird von vielen Menschen als ein Skandal empfunden. Es gibt eine Welle der Solidarität.

Die antifaschistische Sängerin und Auschwitzüberlebende Esther Bejorano, schrieb in einem Offenen Brief an Finanzminister Scholz (SPD):

„Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!“

Im Brief heißt es u.a.:

„... Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik? Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung

für uns alle. „Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet.

Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren. ...

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss!

Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie umschreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten als ‚Denkmal der Schande‘ sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss in deutscher Geschichte‘ bezeichnen?

Und nun frage ich Sie: Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN-BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen. ...“

Grüner Cheflobbyist

Matthias Berninger, bekennender Grüner und bis 2007 für die Partei im Bundestag, ist seit einiger Zeit Cheflobbyist des Bayer-Konzerns. Man hat dem 48jährigen eigens eine neue Abteilung geschaffen, die Public Affairs und Nachhaltigkeit verbinden soll.

Ein Grüner bei Bayer? Das lässt aufhorchen. Schließlich sind Agrarchemie, gentechnisch verändertes Saatgut und große Marktmacht - also alles, wofür Bayer seit dem Monsanto-Kauf steht - für die Grünen doch „Teufelszeug“. Berninger muss dies nun öffentlich verteidigen, inklusive dem umstrittenen Unkrautvernichter Glyphosat. Es ist ein geschickter Zug von Bayer, einen Lobbyisten aus dem Lager des politischen Gegners zu verpflichten. Berninger galt stets als wirtschaftsfreundlicher Realo.

Berningers Ressort kümmert sich dort nicht um die Entwicklung neuer Techniken, sondern um „Ethik und Anstand“. Es soll über alle Bayer-Geschäfte hinweg dafür sorgen, dass in dem weitverzweigten Konzern nach vorgegebenem „Wertekodex“ gearbeitet wird. Eine Herausforderung, seit Bayer den schlecht beleumundeten Monsanto-Konzern übernommen hat. Berninger ist überzeugt von der Logik der Fusion mit Monsanto, von der Vision, mit neuem Saatgut und Digitaltechnik die Landwirtschaft zu revolutionieren. Na also ...

**Wir bedanken uns für
die großen
und kleinen Spenden,
die wir zum Jahreswechsel
erhalten haben!**

**Das blickpunkt-Spenden-
Konto:
Kreissparkasse GG
IBAN
DE37508525530009003419**

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Am Flughafen werden die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter verkauft

Fraport, Lufthansa und andere Unternehmen am Frankfurter Flughafen loben sich immer wieder dafür, dass sie Arbeitsplätze schaffen und Menschen Lohn und Brot geben. Der Lohn wird aber immer weniger wert und das Brot schmeckt bitter, seit-

dem immer mehr Arbeitsplätze abgebaut, ins Ausland verlagert oder durch Technik ersetzt werden. Seitdem immer mehr Tochterfirmen von Tochterfirmen gegründet werden, Unternehmen verkauft und die Kolleginnen und Kollegen um ihre Arbeitsplätze, den Tarifvertrag und für akzeptable Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, Werkverträge und vieles mehr

sind heute am Flughafen gang und gäbe.

Die Unternehmen unterbieten sich in einem gnadenlosen Preiskampf. So ist Fliegen viel zu billig, oft genug ist ein innerdeutscher Flug nicht nur schneller, sondern auch billiger als die Bahnfahrt. Mit der Anwerbung von Ryan-Air und anderen Billiglinien am Frankfurter Flughafen ist der Konkurrenzkampf noch gnadenloser geworden. Die Bewohner des Flughafenumlandes sollten wissen, was am Flughafen passiert und unter welchen Bedingungen die Abfertigung der Flüge zustande kommt. Es geht auch um die Sicherheit der Flugreisenden. Den Kolleginnen und Kollegen, die gegen den Verkauf ihrer Arbeitsplätze kämpfen, die gegen Arbeitsplatzverlagerung und für gute Arbeit, für Tarifverträge und Mitbestimmung streiten, gehört unsere Solidarität.

Ein Grund zum Feiern?

Vier Tage vor dem Jahreswechsel überschritt der Flughafen Frankfurt erstmals innerhalb eines Jahres die Marke von 70 Millionen Passagieren. Die Zehn-Millionen-Schritte am größten deutschen Airport werden damit immer schneller: 60 Millionen wurden erstmals 2015 überschritten, 50 Millionen im Jahr 2004.



Flughafenausbau – zukünftig jede Minute ein startendes Flugzeug?

Der Flughafen soll immer weiter wachsen, so die Haltung von Flughafenbetreiber und Eigentümer. Mit unterschiedlichsten Maßnahmen wird dies forciert. Eine der folgenschwersten ist der Bau des Terminals 3, hier soll unter anderem die wachsende Zahl der „Billigflieger“ abgefertigt werden. Wie die stetig wachsende Zahl der Flugbewegungen zukünftig bewältigt werden soll, will die Deutsche Flugsicherung (DFS) vom 3. Februar bis 25. März 2020 testen: 50 Starts, die bisher nach Nordwesten abgewickelt wurden, sollen versuchsweise auf die Südumfliegung umgelegt werden. Damit wird nicht nur die Kapazitätssteigerung auf der Südumfliegung getestet, sondern vor allem eine Verdichtung der Start- und Landeabfolgen am Flughafen selbst durch die Verringerung des Abstandes zwischen startenden und landenden Flugzeugen auf den Bahnen. So hofft man, die steigende Zahl von Flugbewegungen zu bewältigen. 126 Flugbewegungen in der Stunde, wie sie der Planfeststellungsbe-

schluss anvisiert, würden bei Westwind 63 Flugbewegungen über die Südumfliegung pro Stunde, also jede Minute ein startendes Flugzeug über Haßloch, Königstädten und Nauheim bedeuten.

Erschwerend kommt hinzu, dass die neuen Erkenntnisse aus der NORAH-Studie und die Auswirkungen des Ultra-Feinstaubes sowie die schädlichen Wirkungen der CO₂-Emissionen nicht berücksichtigt wurden. Der Planfeststellungsbeschluss muss daher überarbeitet werden!

Mit aktuell 510.000 Flugbewegungen im Jahr ist das Maß an Belastungen für Gesundheit und Klima schon längst überschritten, 701.000 Flugbewegungen pro Jahr wie vorgesehen, das geht überhaupt nicht“, erklärte Marianne Flörsheimer, Dezernentin für Mobilitäts- und Verkehrsentwicklung, Lärmabwehr und Klimaschutz im Rüsselsheimer Rathaus.

Erfreulicherweise wächst in jüngster Zeit der Widerstand gegen den weiteren Ausbau des Flughafens auch in den Reihen der Kommunalpolitikerinnen und -politiker der Region merklich. Das ist dringend notwendig – auch in unserem Stadtparlament.

Herzliche Einladung zum Neujahrsempfang



**Sonntag 19. Januar 2020
11 Uhr im Bürgerhaus
Mörfelden**

**Es spricht:
Heike Hänsel, MdB,
stellv. Fraktionsvorsitzende
Die Linke im Bundestag**

**Kultur-Beiträge
Getränke
Imbiss
Bücherflohmarkt**

**Eine Veranstaltung
der DKP und Die LINKE**



„Der Letzte seiner Art“. Der letzte Metzgerladen in Mörfelden hat geschlossen. Die Metzgerei bestand hier seit 178 Jahren. Der erste Metzger war der „Hausmetzger“ Wilhelm Knoblauch. Es folgten Heinrich, Karl Ludwig, Philipp und zum Schluß Manfred Knoblauch. Das völlige Verschwinden von Einkaufsmöglichkeiten in den jeweiligen Ortskernen ist vor allem für viele ältere Menschen ein Problem und sehr bedauerlich.

Fotos: Die Metzgerei Knoblauch in der Langgasse 39, aufgenommen 1955. Auf dem großen Bild der kleine Manfred auf der Treppe. Seine Mutter Anna geb. Ziegler schaut aus dem Fenster. Auf dem kleinen Foto von links: die Mutter, Manfred und der Vater Philipp Koblach.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa



**Ausstellungseröffnung:
Apparate von Walter Günther**
Sonntag, 12. Januar - 15 Uhr
Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 16. Januar - 20 Uhr
Eintritt frei

Spieleabend
Dienstag, 21. Januar - 20 Uhr
Eintritt frei

Quiz
Freitag, 24. Januar - 20 Uhr
Eintritt frei

Konzert: Bodo und Weisbecker
Samstag, 25. Januar - 20 Uhr
Eintritt: 10,- / 8,- erm.
VVK: KuBa und Buchhandlung Giebel

**Veranstaltung zum Gedenken an
die Befreiung von Auschwitz**
Montag, 27. Januar - 19 Uhr
Eintritt frei

Unser Lexikon

Schbrisch

Wer nix erheiert
un nix ererbt,
bleibt en oarme Deiwel
bis er sterbt.